

Hoffnung für Brasilien

Andreas Novy

Beinahe wäre es auch in Brasilien zu einer schwer umkehrbaren autoritären Wende gekommen. Jair Bolsonaro, der Trump der Tropen, versuchte auch in Brasilien, ein reaktionäres Regime zu installieren, das von der Militärdiktatur nach 1964 inspiriert gewesen wäre. Er folgte dabei einem mittlerweile bekannten Skript neuer rechtsextremer Politik: Das bei großen Bevölkerungsgruppen unbeliebte neoliberale Wirtschaftsprogramm tritt in den Hintergrund, der Kulturkampf gegen Linke, Klima- und Genderpolitik in den Vordergrund. Bolsonaro inszenierte sich mit vulgärer Sprache und deftigen Ausdrücken als Außenseiter, als Systemkritiker. Er zweifelte Wahlergebnisse an, besetzte Polizei und Staatsanwaltschaft mit Günstlingen und drohte Obersten Richtern mit der Absetzung. Gleichzeitig zog Bolsonaro wichtige Teile des Militärs auf seine Seite und schützte Paramilitärs und seine Familie vor juristischer Verfolgung. Sowohl die Teilnahme am Begräbnis der Queen als auch die 200-Jahr Feier von Brasiliens Unabhängigkeit instrumentalisierte er für seinen Wahlkampf. Letztlich errang er 49 Prozent, fast 60 Millionen Stimmen. Viel, aber zu wenig, um Brasiliens Demokratie den Todesstoß zu versetzen.

Dass es nicht so weit gekommen ist, hat vier wesentliche Ursachen. Erstens begann bei Teilen der Wohlhabenden und Gebildeten, die ihn 2018 mit großer Mehrheit unterstützten, ein Umdenken. Hinzu kam eine libertäre Covid-Politik, sein Umgang mit Amazonas, Indigenen und Klimapolitik sowie die Demontage von Wissenschaft, Bildung und Gesundheit. All dies entfremdete ihn von Teilen des Bildungsbürgertums. Zweitens wendete sich die Unterschicht wieder deutlicher von der Rechten ab. Materielle Sorgen um Arbeitsplatz, Entlohnung und Hunger ließen Themen des Kulturkampfes wie das Verbot von Abtreibung und Kampagnen gegen gendersensible Bildung in den Hintergrund treten – vor allem im ärmeren Nordosten Brasiliens. Allein in Bahia, dem größten Bundesstaat des Nordostens, lag Bolsonaro mit dreieinhalb Millionen Stimmen zurück. Drittens veränderte Linke, Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen ihre Position. Anfangs gab es bei vielen Linken gegenüber der Arbeiterpartei PT wenig Sympathien. Zu sehr sei sie selbst zu einer Partei des Establishments geworden. Doch rasch wurde die Kampagne gegen die Arbeiterpartei zum Kampf gegen alles Linke, gegen soziale und Umwelt- und Kulturbewegungen allgemein. Die Zahl politischer Morde stieg, Postenbesetzungen stabilisierten überall, aber vor allem im Kultur- und Bildungsbereich eine antimoderne und wissenschaftsfeindliche Ordnung. Da Bolsonaros Vorgehen so offensichtlich die Grundfesten des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der liberalen Demokratie untergrub, wurde auch vielen Linken klar, was eine weitere Amtszeit bedeuten würde: Indigene drohte ein Genozid, dem Amazonas die Gefahr unwiederbringbarer Versteppung und dem Wissenschafts-, Bildungs- und Gesundheitssystem die Gefahr fataler Budgetkürzungen. Künstler:innen, Gewerkschaften, soziale Bewegungen und linke Parteien unterstützten Lula so konfliktfrei und

selbstverständlich wie seit den ersten freien Präsidentschaftswahlen 1989 nicht mehr. Zumindest am Beginn seiner Regierungszeit wird es keine offene Opposition der radikalen Linken geben.

Viertens, und entscheidend, gab es mit Luiz Inácio Lula da Silva einen Kandidaten, der diese breite demokratische Allianz von links bis Mitte-Rechts glaubwürdig repräsentiert. Von Anfang an bastelte Lula an einem Bündnis, das noch breiter als dasjenige werden sollte, das ihn 2003 erstmals an die Macht brachte. Sein Vizepräsident Geraldo Alckmin ist ein erfahrener konservativer Politiker. Schon im ersten Wahldurchgang versöhnte sich Lula mit Marina Silva, seiner ehemaligen Umweltministerin und späteren Kritikerin. Im zweiten Wahldurchgang sprachen sich dann auch Lulas Vorgänger Fernando Henrique Cardoso sowie einflussreiche Mitte-Rechts-Politiker:innen und neoliberale Ökonomen für Lula aus. Symbolträchtig war der Farbwechsel im zweiten Wahldurchgang: Auf Bitte konservativer Verbündeter trat das Weiß neben das traditionelle Rot.

In den Wochen seit dem Wahlsieg Lulas hat sich viel getan. Im Inland hat Lula eine Mammutaufgabe, denn Mitte-Rechts Parteien haben eine Zwei-Drittel-Mehrheit in der Abgeordnetenversammlung und im Senat. Lulas Arbeiterpartei und enge Verbündete verfügen gerade über rund fünfzehn Prozent der Abgeordneten und Senator:innen. Die großen Bundesstaaten werden von Gouverneuren regiert, die bei der Wahl mit Bolsonaro paktierten. Der mit weniger als 52 Prozent der Stimmen gewählte Lula versucht nun einen politischen Neustart, um die Polarisierung zu mildern. Alle, mit Ausnahme der radikalen Anhänger Bolsonaros, wurden ausdrücklich zum Mitregieren eingeladen. Diese Einladung richtete sich auch an das mächtigen *Centrão*, dem großteils ideologiebefreiten Block aus Mitte-Rechts-Parteien, der entscheidend ist für Mehrheiten im Kongress. Historisch war das zutiefst klientelistische *Centrão* immer berechenbar. Dem Motto eines Politikers aus dem 19. Jahrhundert folgend, hieß es: „Wir ändern uns nie. Wir sind immer auf der Seite der Regierung.“

Nun gibt es erste Signale, dass das *Centrão* dieser Tradition treu bleibt, und keine Fundamentalopposition plant, wie dies im Norden des Kontinents die US-Republikaner:innen praktizieren. Umgehend begann Lula im Kongress für erste Sofortmaßnahmen zu werben, die noch vor seinem Amtsantritt am 1.1.2023 beschlossen werden sollen. So soll die Familienbeihilfe von 120 Euro - ein Wahlzuckerl Bolsonaros, das mit Jahresende ausläuft - verlängert werden, auch wenn dies eine Ausnahme vom vorgeschriebenen Ausgabendeckel erforderlich macht. Insbesondere für diese Maßnahmen gibt es wohlwollende Signale von Mitte-Rechts-Parteien.

So wie allgemein die veröffentlichte Meinung den Regierungswechsel überraschend wohlwollend beurteilt. Überraschend deshalb, weil gerade die kommerziellen Medien wesentlich zu einem irrationalen Diskurs beigetragen haben: Die Arbeiterpartei sei nicht nur korrupt, sondern auch eine extremistische Gefahr – ein skurriler Vorwurf an eine Partei, die weit eher für ihre Anpassbarkeit als für ihren Extremismus zu kritisieren wäre. Die großen Medienhäuser unterstützten die verfassungswidrige Absetzung Rousseffs ebenso wie den Schwindel rund um Korruptionsvorwürfe, der von der Rechercheplattform Intercept aufgedeckt wurde. Dieser Politskandal, *Lava Jato* genannt, brachte Lula fast 600 Tage ins Gefängnis, was ihm 2018 am Antritt zu den Präsidentschaftswahlen hinderte. Seinem damaligen Richter Sergio Moro, dem seinerzeitigen Anti-Korruptionshelden, brachte dies unter Bolsonaro 2019 das Amt des Justizministers. Kurz

zerstritt sich Moro 2021 mit Bolsonaro, um bei den Wahlen 2022 reumütig ins Bolsonaro-Lager zurückzukehren. Heute ist er Senator von Bolsonaros Gnadens. Eben dieser Sergio Moro wurde vom Obersten Gerichtshof als parteiischer Richter gemäßregelt, das Verfahren gegen Lula manipuliert zu haben. Darüber hinaus erhebt die Rechercheplattform Intercept noch viel weiterreichende Vorwürfe: Moro habe mit Staatsanwälten Vorabsprachen getroffen und Kronzeugen zu vermutlich falschen Aussagen gegen Lula ermutigt. All dies delegierte Moro und die Anti-Korruptionsbewegung selbst bei den kommerziellen Medien. Hinzu kam, dass auch die großen Medienhäuser erschreckt waren von Bolsonaros Machogehabe im Umgang mit Journalistinnen und seinen offenen Drohungen gegen freie Medien. In diesem Wahlkampf nahmen die kommerziellen Medien im Unterschied zu früher daher erstmals davon Abstand, Lula und Bolsonaro als zwei Spielarten von Extremismus darzustellen. Nicht durchgängig, aber doch regelmäßig wurde die Auseinandersetzung als eine zwischen einem Demokraten, dessen Programm man nicht befürwortet, und einem Extremisten, der die liberale Zivilisation gefährdet, dargestellt. Auch nach der Wahl halten sich die kommerziellen Medien mit Kritik auffallend zurück.

Aus diesen ersten Bewegungen diverser Akteur:innen lassen sich vorläufige Einschätzungen vornehmen, was für die dritte Amtszeit Lulas zu erwarten ist. Die neue Regierung Lulas wird vermutlich groß sein. Nicht wenige konservative Politiker:innen werden Ministerämter übernehmen. Die fehlende Ankündigung konkreter Namen für Posten ist ein Zeichen, dass diese Verhandlungen mühsam sind und viel Fingerspitzengefühl erfordern. Es ist gut vorstellbar, dass die Arbeiterpartei vielerorts übergangen wird, um die parlamentarische Basis der Regierung zu verbreitern. Der große Vorteil eines derartigen breiten Bündnisses von Anfang an ist, dass dies das Regieren einfacher macht.

In seiner ersten Amtszeit (2003–2006) war Lula gezwungen, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik einen konservativen Kurs zu verfolgen, allen voran strenge Budgetdisziplin und den Aufbau von Währungsreserven. Die Akzente wurden anfangs einzig in der Sozialpolitik gesetzt. In der zweiten Amtszeit (2007–2010) wurde Lulas Wirtschaftspolitik aktiver. Er verabschiedete sich von neoliberalen Dogmen, stärkte öffentliche Unternehmen und Banken und begann mit einer aktiven Industrie- und Technologiepolitik. Die dritte Amtszeit wird sicherlich eher der ersten ähneln, zumindest anfangs.

Dies hat Lula selbst schon angedeutet. Es geht heute um die Erreichung der selben Ziele wie 2003: Die wichtigste Maßnahme ist die Bekämpfung des Hungers, drei Mal täglich Essen am Tisch. 2014, gegen Ende der Regierungszeit Dilmars, erklärte die Welternährungsorganisation FAO den Hunger in Brasilien für ausgerottet. Mit Bolsonaro ist er zurück, ebenso wie grassierende extreme Armut. Gezielte Sozialprogramme für die Allerärmsten haben daher oberste Priorität. Es ist zu vermuten, dass diese Maßnahmen auch der Kongress mittragen wird. Daher ist davon auszugehen, dass Lula auf dem Gebiet der Bekämpfung von Hunger und extremer Armut rasche und wichtige Erfolge erzielen wird. Das stärkt nicht nur seinen gesellschaftlichen Rückhalt, sondern schafft auch Kaufkraft und stärkt den Binnenmarkt, der in Zeiten geökonomischer Spannungen besonders wichtig ist.

Wirtschaftspolitisch wird sich kurzfristig weit weniger ändern als sich viele Linke erhoffen. Ausdrücklich sind neben keynesianischen auch neoliberale Ökonom:innen an der Erarbeitung des Wirtschaftsprogramms beteiligt. Diese werden den wirtschafts-

politischen Kurs wesentlich prägen. Im Gespräch ist, dass Lulas potentieller Kronprinz Fernando Haddad Finanzminister wird. Gleichzeitig soll auch Pécio Arida, ein liberaler Ökonom, der 1994 das Inflationsstabilisierungsprogramm *Plano Real* umsetzte, eine wichtige Rolle spielen. Unabhängig von den letztlich ausgewählten Personen wird die Regierung eine konservative Fiskalpolitik betreiben, um Investoren und „Märkte“ zu beruhigen. Denn es sind die „Märkte“, die schon in diesen Tagen jede Äußerung Lulas bewerten: Erinnert Lula an die strenge Budgetdisziplin während seiner zwei Amtszeiten, steigen die Börsenkurse, fordert er eine dauerhafte Ausnahmeregelung für Sozialprogramme vom verfassungsrechtlichen Ausgabendeckel, stürzen diese ab. Die kommerziellen Medien nutzen dies, auf die Fortsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik zu drängen.

Tatsächlich wird die Wirtschaftspolitik vorsichtig sein: Einerseits wird der Staatsschuldenstand gesenkt werden. Andererseits wird es keine weiteren Privatisierungen geben und die öffentlichen Unternehmen und Banken werden stärker in den Dienst der nationalen Wirtschaftsentwicklung gestellt. Sozialpolitischen Spielraum erhofft man sich aus einem Wirtschaftsaufschwung. Die Chancen dafür stehen weniger schlecht als in anderen Teilen der Welt. Zum einen haben die neoliberalen Maßnahmen seit 2015 zu einer fortgesetzten Unterauslastung von Kapazitäten geführt. Zum anderen deutet vieles darauf hin, dass Investoren aus dem In- und Ausland die Stabilisierung der politischen Situation in Brasilien nützen werden, um zu investieren. Ob und wie es aber gelingen soll, die mit neoliberaler Politik verbundenen Entwicklungshemmnisse aufzubrechen, ist offen. Kleine Schritte könnten sein, ökologischere Produktionsmethoden im Agrobusiness einzusetzen, um internationale Marktanteile vor allem in Europa zurückzugewinnen. Es könnte versucht werden, die Regulierung der Finanzmärkte so zu adaptieren, dass Investitionen in die Realwirtschaft attraktiver werden. Auch eine Mindestlohnpolitik, die den Mindestlohn, an den sich Pensionen und Sozialleistungen orientieren, kontinuierlich anhebt, ist wahrscheinlich. Jedoch wird all dies nicht reichen, Brasilien rasch zu einer inklusiven und nachhaltigen Gesellschaft zu machen.

International wurde das Wahlergebnis begeistert aufgenommen. Und zwar gleichermaßen von verfeindeten Lagern und Ländern: von Biden über Macron und Corbyn bis hin zu Putin und Xi. Umgehend wurde Lula zur COP27 in Ägypten eingeladen, die er im Unterschied zum Noch-Amtsinhaber Bolsonaro auch besuchte. Er hielt eine viel beachtete Rede, in der er Klimagerechtigkeit einforderte und die Länder des Globalen Nordens in die Pflicht nahm, einen ernsthaften Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des Globalen Südens zu leisten. Gleichzeitig betonte er, dass Klimapolitik, allen voran der Schutz des Amazonas und die Einbindung der Indigenen, neben der Sozialpolitik oberste Priorität in seiner Amtszeit haben wird. Umgehend haben Norwegen und Deutschland angekündigt, eingefrorene Mittel für den Amazonas wieder freizugeben. Dieser offensichtliche Prestigegewinn Brasiliens, der stark gekoppelt ist an eine aktive Klimapolitik und das ernsthafte Bemühen, die Abholzung des Amazonas zu beenden, wirkt sich auch im Inland aus. Selbst Teilen des Agrobusiness, engster Verbündeter von Bolsonaro, ist bewusst, dass ein Imagewandel auch ihren ureigensten Exportinteressen dient. Regenwaldabholzung, Brände und Morde an Indigenen sorgten allzuoft für negative internationale Schlagzeilen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Lula auch die EU-Mercosur-Verhandlungen wiederbeleben wird.

Möglich, ja wahrscheinlich ist weiters ein entspannteres Verhältnis zwischen Brasi-

lien und den USA. Es gibt eine Annäherung von Biden an Lula. Das wäre erfreulich, denn die US-Demokraten, allen voran unter der Außenministerin Hillary Clinton, hintertrieben Versuche hin zu einer größeren Eigenständigkeit der Länder Lateinamerikas. Doch die innenpolitische Polarisierung in den USA sowie die Nähe von Bolsonaro zu den US-Republikanern machen Lula zu einem potentiellen Verbündeten. Umgekehrt wird Lula versuchen, sich mit möglichst allen Global Players, d.h. auch mit China, gut zu stellen. Alte Bande innerhalb Lateinamerikas, diesmal vielleicht auch mit Mexiko, werden sicherlich vertieft und Brasilien wird versuchen, Formen kontinentaler Zusammenarbeit zu stärken. Das gleiche gilt für die Zusammenarbeit mit Afrika, wo Lula ein sehr hohes Prestige genießt.

Lulas neue Amtszeit fällt in eine Zeit globaler Krisen. Neben den geopolitischen Spannungen, allen voran zwischen dem Westen und Russland sowie den USA und China ist die Kluft zwischen Globalem Norden und Globalem Süden gewachsen. Dass sieht man gleichermaßen an der fehlenden Ernsthaftigkeit des Globalen Nordens, zugesagte Klimafinanzierungen ernst zu nehmen, und an der Weigerung fast aller Länder des Globalen Südens, die Sanktionen gegen Russland mitzutragen. Im besten der Fälle könnten Lula und die erfahrene brasilianische Diplomatie hier eine Rolle einnehmen, die aktuell in der Weltpolitik fehlt: zwischen vermeintlich unversöhnlichen Positionen zu vermitteln. Ob dies gelingt ist offen. Doch zumindest ist mit Brasilien ein gewichtiger Global Player zurück auf dem internationalen Parkett.